

Die Fallstricke der grenzenlosen Kreditaufnahme

Modern Monetary Theory: Eine „zeitgemäße“ Geldtheorie soll den Notenbanken die direkte Staatsfinanzierung ermöglichen

DIRK MEYER

Ein schlechtes Gewissen belastet. Eine Notenbank, die dem Staat Kredit gewährt, bedient die Notenpresse. Die grundsätzlich folgerichtige Konsequenz, daß dieses Handeln den Kreditzins ins Negative drückt, zur Geldentwertung führt und die Gefahr erheblicher Instabilitäten für die Finanz- und Gütermärkte heraufbeschwört, beunruhigt auch manche Notenbanker. Die Modern Monetary Theory (MMT) bietet Entlastung. Sie will diese ehernen, historisch belegten Gesetzmäßigkeiten widerlegen. Eine ihrer Grundaussagen lautet: Eine Staatsverschuldung – grenzenlos – sei zum Nulltarif möglich.

Keynes kannte die Grenzen einer Schuldenpolitik

Wie soll das funktionieren? Die politische Unterstützung ist zumindest vorhanden, vornehmlich aus dem Umfeld linker US-Demokraten. So berufen sich die populäre, 30jährige Abgeordnete Alexandria Ocasio-Cortez – seit Januar 2019 für den 14. Kongresswahlbezirk von New York im Repräsentantenhaus – oder die Beraterin von Präsidentschaftskandidat Bernie Sanders, Stephanie Kelton (Stony Brook University/New York), bei ihren Finanzierungsideen für den „Green New Deal“ (JF 10/19) auf die MMT. Diese fußt auf zwei Gedankengebäuden des beginnenden 20. Jahrhunderts, als viele Währungen mit Gold (teil-)gedeckt waren, so auch die Mark des Deutschen Kaiserreichs ab 1871. Die Währung hatte einen inneren Wert, weshalb diese Form auch als Metallismus bezeichnet wird. Die deutsche „Einlösepflicht der Banknoten in Metallgeld“ endete mit den Kriegskrediten 1914.

Hier setzt der sogenannte Chartalismus an, den Georg Friedrich Knapp in seiner „Staatlichen Theorie des Geldes“ (1905) propagiert. Demgemäß ist für eine Papierwährung lediglich eine soziale Akzeptanz erforderlich. Die für heutige Währungen geläufige Bezeichnung „Fiatgeld“ (lat.: es findet statt) deutet bereits eine erhöhte Unsicherheit an, denn bei fehlender Akzeptanz verliert die Währung ihren Wert – siehe die Hyper-



Bernie Sanders und Alexandria Ocasio-Cortez bei Wahlkampfauftritt: Da Banken und Versicherungen für ihre Anlagen Sicherheit suchen, kann das US-Schatzamt seine Verschuldung international unterbringen

inflation 1923. Die zweite gedankliche Anleihe nimmt die MMT aus der keynesianischen Wirtschaftstheorie. Arbeitslosigkeit resultiert hiernach aus fehlender gesamtwirtschaftlicher Nachfrage. Dem Staat obliegt es, diese Nachfragerücken durch kreditfinanzierte Aufträge zu schließen. Idealerweise werden die Kredite in der Boomphase zurückgezahlt. Denn Keynes wußte als erfolgreicher Kapitalanleger um die Grenzen einer seitens der Notenbank unterstützten Schuldenpolitik des Staates und eines sinkenden Geldwertes.

Die MMT bestreitet diese Grenzen. Indem die Regierung ihrer Notenbank jederzeit Staatsanleihen zur Gutschrift auf das Regierungskonto einreichen kann, drückt sie sich das Geld selbst. Mithin kann der Staat nicht Bankrott gehen. Als Souverän mit Macht über seine Zentralbank ist er Monopolist seiner Währung, muß seine Ausgaben nicht

am Kapitalmarkt finanzieren, sondern ist der Schöpfer seines eigenen Kredits. Folglich kann die Regierung als „Employer of Last Resort“ – so Vertreter der MMT – nicht nur für Vollbeschäftigung sorgen, sondern auch die Umverteilung beliebiger Steuern.

Die Logik eines grenzenlosen Staatskredits, dazu noch ohne Wohlfahrtsverluste, hat mehrere Fallstricke. So darf die Nachfragerücken keine strukturellen Ursachen haben wie etwa eine geringe Produktivität der Wirtschaft, denn diese würde durch staatliche Aufträge eher noch verschärft. Da die Finanzierung direkt über die Notenbank erfolgt, fehlt dem Staatskredit die Kontrolle des Kapitalmarktes. Ressourcenverschwendungen und Projekte ohne gesellschaftlichen Nutzen werden wahrscheinlicher. Würde eine moderate Geldentwertung noch akzeptiert, so werden die Bürger spätestens bei einer Hyperinflation eine „Ab-

stimmung mit den Füßen“ vornehmen. Im erneut überschuldeten Argentinien (Inflation 55 Prozent, JF 47/19) oder im hyperinflationären Venezuela ersetzt der US-Dollar in kleinen Scheinen das Staatsgeld. Ecuador hat den Dollar und Montenegro einseitig den Euro zur Landeswährung erklärt. Gold oder die Roggenmark (Deutschland 1923) sind Beispiele für die Rückkehr des Warengeldes in unsicheren Zeiten. De facto hat hier der Staat sein Währungsmonopol verloren. Ein weiteres Problem entsteht durch die einhergehende Abwertung der heimischen Währung, die ausländische Waren verteuert. Auch mangels Devisen stockt der Import und Wertschöpfungsketten zerbrechen. Die Produktion im Inland nimmt Schaden.

Allerdings gibt es eine Ausnahme – ein großes Land mit einer Weltleitwährung. Der US-Dollar ist eine sogenannte Ankerwährung, die bei vielen

grenzüberschreitenden Geschäften als Vertragswährung vereinbart wird. So wird etwa die Hälfte aller Warenimporte in die EU in Dollar abgerechnet; bei den Einfuhren in die USA sind es 90 Prozent. 63 Prozent der weltweiten Devisenreserven sind Dollaranlagen, nur 20 Prozent lauten auf Euro. Ähnlich sieht es bei Fremdwährungsanleihen aus, 62 Prozent werden in Dollar, nur 23 Prozent in Euro abgeschlossen.

EU-Finanzministerium und Regierungszugang zur EZB?

Diese Zahlen spiegeln die hohe Nachfrage nach sicheren Dollar-Anlagen wider, vornehmlich US-Staatsanleihen. Die USA gelten als sicherer Anlagehafen mit erstklassiger Bonität, in den weltweit Gelder von Banken und Versicherungen fließen. Indem diese für ihre Anlagen Sicherheit und Planbarkeit suchen, kann das amerikanische Schatzamt seine Staatsverschuldung international breit unterbringen: 6,8 Billionen Dollar der Treasury Securities sind in ausländischer Hand. Hauptgläubiger sind Japan und China (je 1,1 Billionen) sowie Großbritannien (346 Milliarden), Brasilien (301) und Irland (274). Die US-Regierung benötigt die Notenpresse in geringerem Ausmaß, da das Ausland als Kreditgeber einspringt – solange auch hier international Akzeptanz besteht.

Den Staaten der Europäischen Währungsunion dürfte die MMT in zweifacher Hinsicht keine Anleitung sein. Für die Europäische Zentralbank (EZB) gilt die Unabhängigkeit, wenngleich sie diese seit 2015 mit ihren Staatsanleihekaufprogrammen zunehmend selbst in Frage stellt. Der zentrale Punkt besteht jedoch in den 19 Staaten der Währungsunion, für die der Euro faktisch eine Fremdwährung darstellt, denn geldpolitische Entscheidungen werden kollektiv im EZB-Rat getroffen. MMT setzt eine neue EU-Ordnung voraus: ein europäisches Finanzministerium und den Regierungszugang zur Notenbank – undenkbar?

Prof. Dr. Dirk Meyer lehrt Ökonomie an der Helmut-Schmidt-Universität Hamburg.
► ticdata.treasury.gov/Publish/mfh.txt
► neweconomicperspectives.org
► stephaniekelton.com

Mindestbesteuerung von Unternehmen?

MÜNCHEN. Der Ökonom Clemens Fuest unterstützt die von der Wirtschaftsorganisation OECD geplante Mindestbesteuerung für Firmen. „Dies würde unerwünschte Steuervermeidung einschränken, die entsteht, weil Unternehmen ihre Gewinne verlagern können. Gleichzeitig muß Doppelbesteuerung verhindert werden“, schreibt der Ifo-Präsident in einem Papier für das Beratergremium des französischen Premiers Edouard Philippe (*Les notes du conseil d'analyse économique*, 54/19). Zusammen mit den Professorenkollegen Mathieu Parenti (Brüssel) und Farid Toubal (Paris-Saclay) empfiehlt Fuest, daß ein steuerlicher Firmensitz auch dort angenommen wird, wo es nur eine „digitale Präsenz“ gebe: „Dies sollte Bestandteil künftiger internationaler Steuerregeln sein.“ Ein Teil der Gesamtgewinne sollte den Vermarktungsländern zugeordnet werden, damit sie dort besteuert werden können. Deutschland würde so zwar Steuereinkommen verlieren, aber wenn sich die Verlagerung auf Residualgewinne (Gewinnanteil, der zwölf Prozent Kapitalrendite übersteigt) beschränke, seien die Verluste gering (0,1 Prozent des Gewinnsteueraufkommens). (fis) ► www.ifo.de/node/50082

Keine Privatisierung und Zerschlagung der S-Bahn

BERLIN. Die Initiativen „Bahn für Alle“ (BfA) und „Gemeingut in BürgerInnenhand“ (GiB) haben vor einer Teilprivatisierung des S-Bahn-Netzes in Berlin gewarnt. „Eine Vergabe an Privatunternehmen ist immer auch mit enormen Risiken verbunden, daß der Betreiber ausfällt, nicht genügend Personal hat oder sich finanziell verkalkuliert“, erklärte BfA-Sprecher Bernhard Knieper unter Verweis auf Bahnprobleme in Baden-Württemberg, bei der S-Bahn Rhein-Ruhr, im Dieselnetz Sachsen-Anhalt und bei der insolventen Städtebahn Sachsen. „Will die SPD mit Hilfe von Lohndumping Kosten sparen und gleichzeitig durch Doppel- und Dreifachstrukturen Geld zum Fenster hinauswerfen?“ fragte GiB-Sprecher Carl Waßmuth. Eine Alternative zu der geplanten ÖPNV-Ausschreibung könnte eine landeseigene S-Bahn sein, an die der Betrieb dann wieder EU-konform direkt vergeben werden dürfte. (fis) ► www.gemeingut.org

„Den Dingen auf den Grund gehen“

Alternative Klimakonferenz: Wegen Drohungen gegen das Tagungshotel zum Ex-Flughafen München-Riem verlegt / Abrechnung mit Merks Energiewende

CHRISTIAN DORN

Programmatisch ist bereits der salomonische Satz eines Besuchers, bevor die Konferenz auf dem ehemaligen Flughafen München-Riem beginnt: „Wir kämpfen nur gegen Windmühlen.“ Tatsächlich findet sich unter dem Fachpublikum auch Lothar W. Meyer, Professor für Werkstoffwissenschaft und Mitglied von Vernunftkraft Niedersachsen, einer Bürgerinitiative gegen die Windkraftlobby. Jüngst erst, zur Anhörung vor Wirtschaftsminister Peter Altmaier, war der Gründer der Firma Nordmetall maßgeblich an dem Paus des neuen Gesetzentwurfes beteiligt, demzufolge Windräder zur nächsten Siedlung einen Mindestabstand von 1.000 Metern einhalten müssen.

Zynische Begründungen

Ein Etappensieg, den Befürworter wie Kritiker bereits als das vorweggenommene „Scheitern der „Energiewende“ bewerten (JF 48/19). Entsprechend aggressiv agieren Klimapaniker, die den ursprünglichen Tagungsort des vom Europäischen Institut für Klima und Energie (Eike) veranstalteten Kongresses (das Hotel NH München Ost) bedroht hatten, nachdem der *Tagespiegel*-Journalist Paul Gäbler eine Denunziationskampagne lanciert hatte, der sich neben Greta-Jüngern auch das Münchner Umweltinstitut angeschlossen. Das skandalöse Kündigungsschreiben der Hotelgruppe gegenüber den „Klimaleugnern“ erinnerte dabei unversehens an die zynischen Begründungen, mit denen Juden einst in der „Hauptstadt der Bewegung“ aus dem öffentlichen Leben ausgegrenzt wurden. Was den aus Israel stammenden und in London tätigen Direktor der Global Warming Policy Foundation, Benny Peiser, sagen ließ: „Das ist hier der erste wissenschaft-

liche Kongreß in Deutschland seit der Nazi-Zeit, der verhindert werden sollte.“

Wie zum Beweis war tags zuvor in der Presse zu lesen, daß der Verfassungsschutz vor Terroranschlägen im Namen des Klimaschutzes warnt, so Eike-Präsident Holger Thuß, der – unter Polizeischutz – zur Kongreßeröffnung in der heutigen Wappenhalle der Münchner Messe an das einstige Credo des *Tagespiegels* von 1946 erinnerte: „Den Dingen auf den Grund gehen“. Dabei, so der Verleger Thuß, hätten wir kein Problem mit der Wissenschaft, sondern „ein Wissenschaftsvermittlungsproblem“.

Dies untermauerte James Taylor, Direktor am Heartland Institut (Illinois), der es bezeichnend findet, daß die Ideologen des Weltklimarats (IPCC) es als „Angriff“ werten, wenn andere Wissenschaftler ihre Thesen überprüfen wollen. So mußte der US-Forscher Michael Mann, Erfinder der für die Klimaalarmisten heiligen Hockeyschläger-Kurve, diesbezüglich eine Niederlage vor dem Obersten Gericht von British Columbia gegen den kanadischen Geographiprofessor Timothy Ball einstecken.

Beispielsweise, so führte Taylors aus, hätten die Wetterextreme (Hurrikans und Dürren) nicht zugenommen. Im Gegenteil seien in den USA und Mittelamerika (Guatemala, Honduras, Nicaragua, Panama oder Mexiko) Ernsterkorde zu verzeichnen. Um der Propaganda des IPCC entgegenzuwirken, werde sein Institut zum Jahreswechsel eine neue Homepage freischalten, die alle relevanten Klimafakten zusammengefaßt präsentiere und sich besonders an Multiplikatoren und Politiker richte.

Hier durfte die Expertise Peisers nicht fehlen, dessen Spezialgebiet alarmistische Weltansichten sind: Er verwies dabei auf die Apologeten der Apokalyptrik vom PIK (Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung), die ganz offen erklären, daß für die erforderliche „Klimarettung“ die Demokratie nur hinderlich sei. Wirklich katastrophal seien indes die wirtschaft-

lichen und politischen Konsequenzen der EU-Klimapolitik, die zu einer erheblichen Verteuerung der Energiepreise führe, zu steigender Energieunsicherheit und zu wachsender Abhängigkeit von Energieimporten.

Während sich China oder Indien am Wettbewerb ausrichteten, dächte Deutschland nur noch an die Klimarettung. Infolgedessen werde es demnächst von asiatischen Billig-E-Autos überschwemmt, die nur halb so teuer seien wie heimische Fabrikate. Damit drohe den deutschen Autoherstellern das gleiche Schicksal wie den Solarfirmen. Im Vergleich mit konventioneller Energie vervielfachten „erneuerbare“ Energien zudem den ökologischen Fußabdruck durch die Zerstörung der Landschaften, Wälder und Wildtierarten. Dies demonstriert beispielhaft der Energienutzungsplan im Berchtesgadener Land, der gleich fünf neue Wasserkraftwerke vorsieht, so daß laut der *Süddeutschen Zeitung* die Naturschützer nicht mehr wissen, „wogegen sie zuerst vorgehen sollen“.

Künftig drohen großflächige Stromausfälle

Tatsächlich, so Peiser, werde der weltweite Energieverbrauch in den nächsten 20 Jahren um 30 Prozent steigen, was zwangsläufig einen CO₂-Ausstoß impliziere, egal wie Deutschland und die USA sich verhalten, da die Schwellenländer bei der Emissionsreduzierung schon deshalb nicht mitmachen, da sie es gar nicht können. Ebenso obsolet sei die Mär von Öl- und Gasknappheit. So reichten die weltweiten Gasvorkommen, von denen bislang nur 50 Prozent bekannt seien, für über 250 Jahre.

Grotesk erscheinen da die aktuell verbreiteten Aufkleber für den nächsten „Klimastreik“ am 29. November unter dem Appell „Es reicht!“ und der Losung „# Neustart Klima“. Denn tatsächlich droht – durch das immer wahrscheinlicher werdende Blackout-Szenario – ein

echter „Neustart“ mit unkalkulierbaren Kosten, wie Energietechnik-Professor Helmut Alt (FH Aachen) erläuterte. So habe Deutschland zuletzt am 12. Juni 2019 kurz vor einem großflächigen Stromausfall gestanden, eine Gefahr, für die der Steuerzahler pro Jahr 32 Milliarden Euro extra bezahlen, etwa durch die für die deutsche Seite kostenpflichtige „Entsorgung“ respektive „Verklappung“ des überflüssigen Wind- und Solarstroms in europäische Nachbarländer. Nicht zufällig habe Deutschland, derzeit noch hinter Dänemark, bald den teuersten Strom Europas.

Weitere essentielle Vorträge widmeten sich etwa der „kalten Sonne“ (Sebastian Lüning), den naturgesetzlichen Schranken der Energiewende (Horst Lüdecke) oder der Kernenergie des 21. Jahrhunderts (Götz Ruprecht), ergänzt um den kämpferischen Appell („How dare you, Antifa!“) der jungen YouTube-Bloggerin Naomi Seibt. Grund für Greta und Rezo, sich schnellstens warm anzuziehen.

Europäisches Institut für Klima & Energie:
► www.eike-klima-energie.eu
► www.vernunftkraft.de

Zahl der Woche

35,6 Milliarden Euro wurden 2018 offiziell von EU-Ansässigen in Nicht-EU-Länder geschickt. Das waren drei Milliarden mehr als 2017. Die höchsten Geldübertragungen verzeichneten die Einwanderungsländer Frankreich (10,5 Milliarden) und Deutschland (5,1 Milliarden). (Quelle: Eurostat)

ANZEIGE



Günter B. Merkel

Der gnadenlose GegenDichter

DIE ANTWORT auf die Dichtkunst der vergangenen 200 Jahre



Einige EXPERTEN-MEINUNGEN:

SWR:
„Merkel, der neue Star am deutschen Dichter-Himmel.“

Verein Deutsche Sprache Weimar:
„Merks Gedichtgedichte stellen ein neues Genre der Lyrik dar.“

Ingrid Noll, Erfolgsautorin:
„Hier wird meisterlich mit Traditionen gespielt! Merks Gedichte sind Juwelen.“

Prof. Dr. Silvio Vietta, Heine-Spezialist:
„Wirklich eine pfiffige, gelungene Antwort auf Heine, der sicher seinen Spaß daran gehabt hätte.“

Deutsche Sprachwelt:
„Günter tanzt mit den Stanzen, aber der Nachname des **begnadeten Dichters** lautet nicht Grass, sondern **Merkel!**“

Unterwegs

*Die Menschen wollen ständig reisen
Und die fernsten Länder sehen;
Ja, sogar im Welt-Raum kreisen,
Doch in sich möchte keiner gehn.
Fast niemand ist dazu bereit...
Den Leuten ist der Weg zu weit!*

Geselligkeit

*Man kann nur mit seinem Ich allein
In allerbesten Gesellschaft sein!*

WiderSpruch

*Ob 17 oder 70 alt -
Nur wer losläßt findet Halt*

Rücksichtslos

*Wir alle gehn den gleichen Weg -
Die Armen wie die Reichen -
Und sterben ohne Privileg.
Der Tod geht über Leichen.*

Die Spinne

*Sinnend spannt die Spinne
Entspannt beim Sonnenbaden,
Doch plötzlich hielt sie inne -
Denn sie verlor den Faden.*

Vaterschaftsklage

*Wenn das VorSpiel ein NachSpiel hat,
Finden sogar Prozesse statt.*

Kost-Proben aus ‚Große Sprüche‘, 128 Seiten, gebunden, illustriert, nur 9,50 €.

Weitere Kost-Proben und Bücher unter www.merkel-gedichte.de

Jetzt bestellen beim SWP-Buch-Verlag • Tel. 06220-6310 • swp-buch-verlag@t-online.de